

Antrag

der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, Carina Konrad, Nicole Bauer, Dr. Christoph Hoffmann, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Matthias Nölke, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Holzverfügbarkeit sicherstellen – Marktbeschränkungen sofort aufheben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Wochen steigen die Holzpreise weltweit dramatisch an (www.noz.de/lokales/meppen/artikel/2284097/bau-boom-und-nachfrage-aus-dem-ausland-lassen-holzpreise-steigen). An den Börsen stieg der Preis binnen eines Jahres um über 330 % (Stand: 11. Mai 2021, 21:00 Uhr MESZ; www.finanzen.net/rohstoffe/holzpreis). Die Ursachen liegen in einer weltweit starken Nachfrage nach Rund- und Schnittholz.

Die Auswirkungen spüren Holzverarbeitende Unternehmen in Deutschland derzeit sehr deutlich. Die über lange Jahre recht stabilen Holzpreise veranlassten kaum ein Unternehmen zur Vereinbarung von Preisgleitklauseln. Ehemals mit Gewinn kalkulierte Aufträge werden durch die dramatisch teurer werdenden Holzeinkäufe schnell zum Verlustgeschäft. Die Lage am Holzmarkt ist ernst. Die aktuelle Entwicklung birgt die reale Gefahr, den nötigen Aufschwung nach der Corona-Pandemie deutlich spürbar zu drosseln. Die Bauindustrie droht sogar abgewürgt zu werden, weil Holz zum Teil nicht lieferbar ist (www.rbb24.de/studiocottbus/panorama/2021/04/mangel-baustoffe-handwerk-lausitz.html).

Die aktuell bereits sehr hohen Holzpreise drohen in Kürze zudem noch weiter unter Druck zu geraten. Die Russische Föderation, aus der gegenwärtig 12 % der weltweiten Rundholzexporte stammen, sieht mit Beginn des Jahres 2022 ein Exportverbot für Rundholz vor (www.forstpraxis.de/folgen-von-russlands-exportverbot-von-rundholz/).

Darüber hinaus trägt auch die Politik der Bundesregierung zu einer Anspannung der Lage auf dem Holzmarkt bei. Nachdem in den Jahren 2018 bis 2020 rund 177 Millionen Festmeter Schadholz angefallen sind (Bundestagsdrucksache 19/24517), gab es einen dramatischen Preisverfall auf dem Rundholzmarkt. Teilweise konnten mit den Verkäufen des Kalamitätsholzes noch nicht einmal die Kosten der Schadholzräumung aus dem Wald gedeckt werden – ein Verlustgeschäft also. Um dem Preisverfall auf dem Holzmarkt entgegenzuwirken, wurde bereits Ende 2018 die Aktivierung des Forstschädenausgleichsgesetzes mit entsprechender Regelung von Einschlagbeschränkungen gefordert; erst im April 2021 trat die dafür nötige Rechtsverordnung aber in Kraft. Nun tragen die Einschlagbeschränkungen zu einer weiteren Verknappung des Holzangebotes und mithin zu steigenden Preisen bei.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. umgehend für eine Aufhebung der Einschlagbeschränkungen nach dem Forstschädenausgleichsgesetz zu sorgen, ohne dass die zugleich gewährten steuerrechtlichen Erleichterungen aufgehoben werden,
2. den Frischholzeinschlag in Staatsforsten deutlich zu erhöhen,
3. gemeinsam mit den beteiligten Akteuren auf dem Holzmarkt – insbesondere Waldeigentümern, Sägeindustrie, Holzgroßhandel und dem Holzverarbeitenden Gewerbe – kurzfristig Maßnahmen zur Stabilisierung des Holzpreises zu erarbeiten,
4. Maßnahmen zur zügigen Räumung von Schadholz aus den Wäldern zu ergreifen,
5. zu prüfen, inwieweit bereits abgeschlossene öffentliche Ausschreibungen insofern angepasst werden können, dass das Handwerk nicht alleine die Preissteigerungen von Holz schultern muss. In noch laufende öffentliche Ausschreibungen sind Preisgleitklauseln aufzunehmen, denn es braucht faire und angemessene Lösungen, um das Handwerk zu entlasten und vor einer einseitigen Übernahme der Preissteigerungen zu bewahren,
6. gemeinsam mit der Europäischen Kommission Gespräche mit der Russischen Föderation zu führen, um die absehbaren negativen Folgen des gegenwärtig geplanten russischen Exportverbots für Rundhölzer abzuwenden.

Berlin, den 18. Mai 2021

Christian Lindner und Fraktion